

Geschäftsführung:
Fachbereich 4 Planen und Bauen

NIEDERSCHRIFT

**über die öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Bau- und Verkehrsausschusses der
Stadt Lüdenscheid**

am 21.11.2018

im Ratssaal

Anwesend:

Vorsitz:

Ratsherr Jens Holzrichter FDP

Ausschussmitglieder mit Stimmrecht:

Ratsherr Otto Bodenheimer	Bündnis	
90/Die Grünen		
Ratsherr Fabian Ferber	SPD	
Ratsherr Dirk Franke	SPD	
Ratsfrau Dr. Antje Heider	CDU	
Ratsfrau Karin Hertes	SPD	
Ratsherr Steffen Kriegel	SPD	Vertreter für Ratsherrn Gordan Dudas
Ratsfrau Britta Kurzmann	CDU	
Ratsfrau Sandra Manß	SPD	
Ratsfrau Susanne Mewes	CDU	
Ratsherr Michael Meyer	CDU	bis 19:25 Uhr
Ratsherr René Pickard	CDU	bis 19:44 Uhr
Ratsfrau Elisabeth Siebensohn	CDU	
Ratsfrau Heide-Marie Skorupa	SPD	
Ratsherr Michael Thielicke	SPD	
Ratsherr Michael Thomas-Lienkämper	Die Linke	
Herr Horst Eick	SPD	
Herr Dominik Petereit	FDP	

Ausschussmitglieder mit beratender Stimme:

Herr Thomas Funk	Fraktionslos	
Herr Martin Kornau	Fraktionslos	ab 17:35 Uhr

Gäste:

Ratsherr Daniel Kahler	CDU
Zweiter Stellvertretender Bürgermeister Björn Weiß	CDU
Ratsherr Michael Wülfrath	FDP

Verwaltung:

Bürgermeister Dieter Dzewas
Erster Beigeordneter und Stadtkämmerer Dr. Karl Heinz Blasweiler

Beigeordneter Thomas Ruschin
Herr Martin Bärwolf
Herr Hans Jürgen Badziura
Herr Andreas Beckmann
Herr Klemens Dopatka
Herr Sven Haarhaus
Frau Christina Padovano
Herr Edgar Weinert
Herr Falk Dietrich
Herr Hartmut Fellenberg
Herr Torsten Hoffmann
Frau Sandra Iken
Herr Holger Moeser
Herr Frank Reinshagen
Herr Dieter Rotter
Herr Thomas Tiemann
Herr Jörg Weber
Herr Christian Hayer

Personalrat

Personalrat

Schriftführung:

Frau Birgit Stoltefaut-Voß

Abwesend:

Ausschussmitglieder mit Stimmrecht:

Ratsherr Gordan Dudas MdL
Herr Richard Oettinghaus
Lüdenscheid

SPD
Alternative für

Beratende Mitglieder Integrationsrat

Frau Kalliopi Georgiadou
Liste der SPD

Internationale

Beginn: 17:00 Uhr

Ende: 20:09 Uhr

1. Öffentliche Fragestunde

Vorsitzender Holzrichter begrüßt die Öffentlichkeit, insbesondere die anwesenden Anwohner der Straße „Zum Weißen Pferd“, und bietet die Möglichkeit, Fragen zu stellen.

Eine Anwohnerin meldet sich als Vertreterin der Anwohnerschaft zu Wort. Sie verliest eine den Ausschussmitgliedern des Bau- und Verkehrsausschusses am Vortag übermittelte Nachricht mit folgendem Text:

„Liebe Mitglieder des Bau- und Verkehrsausschusses,

die Anwohner „Zum Weißen Pferd“ möchten Ihnen heute gerne noch einmal etwas zum gegebenen Anlass mit auf den Weg geben.

Einige von Ihnen waren ja bereits letzte Woche im Rathaus dabei und können sich ein Bild davon machen warum wir so aufgebracht sind. Vielleicht haben Sie auch die Presse verfolgt.

Konkret möchten wir Sie bitten, ein Prüfen/vorläufiges Stoppen der Baumaßnahme in Betracht zu ziehen/zu erwirken.

Warum wir das so sehen, möchte ich Ihnen erklären.

Die Beitragskosten, mit denen jeder Einzelne zu rechnen hat, halten wir für unangemessen hoch, und wir möchten, dass alle Möglichkeiten ausgeschöpft werden, um die Kosten gering zu halten, um so soziale Härtefälle und Notverkäufe zu vermeiden.

Viele Anwohner sind bereits im Rentenalter. Diese unglaublich hohen Kosten kommen einer Zwangsenteignung gleich.

Bei anderen Straßen kamen Sonderregelungen zum Einsatz. Beispiel: Mathildenstraße, wo bei fehlender Wohnbebauung (Friedhof) kein Bürgersteig benötigt wurde. Diesen Fall haben wir beim Weißen Pferd auch. Wir bitten, das im Sinne einer Kostensenkung zu überprüfen, ob diese Sonderregelung auch bei uns angewendet werden kann. Auch andere unnötige Kosten, wie z.B. ein Versetzen von vorhandenen Laternen, könnten in unseren Augen vermieden werden.

Wir wünschen uns, dass Sie den Bewohnern der Straße, die sie täglich nutzen und kennen, die Möglichkeit geben, die geplante Verschlechterung in Punkto Parksituation, Verkehrssicherheit, Nutzbarkeit für Dritte (Feuerwehr/Busse) und damit verbundenem Lärmanstieg noch zu verhindern.

Gerade die Anwohner im Rentenalter fühlen sich schlichtweg übergangen. Sie haben kein Internet und können sich nicht mal eben die Pläne runterladen.

Es ist ihnen weder erklärt worden, noch hat eine angemessene Ortsbegehung stattgefunden, die jetzige Planung ist somit kaum realistisch oder bedeutet eine massive Verschlechterung für den Einzelnen. (Hauseinfahrten, die teils so steil würden, dass die Autos nicht hochkommen ohne aufzusetzen, keine Parkmöglichkeit auf langen Teilen der Straße mehr möglich, etc.)

Nur im Namen des „Prestigeviertels Denkquartier“ eine überteuerte Planung für die “ Er-schließung” der Straße übergestülpt zu bekommen, die dann auch noch an den Bedürfnis-sen der Anwohner vorbeigeplant ist und mehr Nachteile als Nutzen bringt, und das 60 Jahre zu spät, bei einer alten Straße ... all das halten wir für nicht gerechtfertigt und wollen es nicht.

Wir bitten Sie, Demokratie mit Leben zu füllen und mit Herz und gesundem Menschenver-stand im Sinne der Bürger zu handeln.

Gerne können Sie sich bei Rückfragen auch telefonisch an mich wenden.

Mit freundlichen Grüßen

Im Namen der Anwohner vom „Zum Weißen Pferd“ „

Vorsitzender Holzrichter bedankt sich für die Ausführungen. Er betont, dass die Bedenken der Anwohnerschaft keinesfalls übergangen werden sollen. Er sagt zu, dass der Fachdienst Verkehrsplanung und –lenkung für die Sitzung des Hauptausschusses am Montag, den 26. November 2018, eine entsprechende Stellungnahme der Verwaltung verfassen werde. Eine Entscheidung, ob die Maßnahme gestoppt oder weitergeführt werde, könne dann ggf. gefällt werden.

Er weist darauf hin, dass die Beratung in der Sitzung des Hauptausschusses ebenfalls öf-fentlich erfolge. Die Anwohner seien somit herzlich eingeladen, an der Sitzung teilzunehmen.

2. Entwicklung der Parkgebühreneinnahmen Vorlage: 246/2018

Ohne Diskussion empfehlen die Ausschussmitglieder dem Rat der Stadt Lüdenscheid ein-stimmig folgenden

Beschluss:

Die Parkgebührenordnung bleibt unverändert.

Die Verwaltung wird beauftragt, das Haushaltssicherungskonzept bei der Position 32 von der Vorgabe 500.000 € auf die tatsächlich zu erwartenden Mehreinnahmen von 300.000 anzu-passen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 18
Nein-Stimmen: ./.
Enthaltungen: ./.

3. Externe Organisationsberatung der Feuer- und Rettungswache Vorlage: 249/2018

Vorsitzender Holzrichter führt aus, dass die Vorlage Nr. 249/2018 zum Thema „Externe Organisationsberatung der Feuer- und Rettungswache“ bereits in der Sitzung des Bau- und Verkehrsausschusses am 31. Oktober 2018 zur Beratung auf der Tagessordnung gestanden habe. Eine erneute Beratung und Beschlussfassung sei auf die heutige Sitzung vertagt worden. Vorsitzender Holzrichter begrüßt zu diesem Tagesordnungspunkt Herrn Bürgermeister Dzewas.

Bürgermeister Dzewas führt in Bezug auf die heutige Presseberichterstattung aus, dass es immer zwei Interessen bei der Zahlung von Gehältern gebe. Bei Tarifvertragsbeschäftigten gebe es durch den Tarifvertrag sehr eindeutige Regelungen. Bei den Beamten sei das nicht der Fall. Das seit einiger Zeit immer wieder angekündigte Gutachten der KGSt gebe es noch nicht, so dass hierauf auch nicht zurückgegriffen werden könne. Die Besoldungen der Beamten wirkten sich nicht nur finanziell im Haushalt der Verwaltung, sondern auch auf die Personalstruktur der Verwaltung aus. Die Stadt Lüdenscheid strebe eine gerechte Besoldung ihrer Beschäftigten an, die erst nach Erstellung eines Personalentwicklungskonzeptes, das auch eine eindeutige Aufgabenzuordnung enthalte, erfolgen könne. Das KGSt-Gutachten sei nun für Frühjahr 2019 angekündigt. Der Blick von außen auf die vorhandenen Gegebenheiten sei so wichtig, dass dieser extern eingekauft werden solle. Die vorliegende Beschlussvorlage stelle eine eindeutige Stellungnahme der Verwaltung dar.

Auf Nachfrage von Ratsfrau Mewes erläutert Herr Dr. Blasweiler, dass die Personalkosten im Haushalt für die Stellen laut Stellenplan zuzüglich der benannten Ergänzungen zuzüglich der dann für den Hauptausschuss benannten Änderungen berechnet worden seien. Ein Vorschlag der Verwaltung sehe vor, 39 Stellen von Besoldungsgruppe A7 auf A8 zu erhöhen. Dieses bedeute zusätzliche Kosten in Höhe von 118.000,34 €, würde aber zu einer dauerhaften finanziellen Verbesserung für die Beschäftigten führen. Lediglich die Einstufung der Notfallsanitäter in die Besoldungsgruppe A9 werde nicht umgesetzt, weil es hierfür bisher keine Beschlusslage gebe und das KGSt-Gutachten als Grundlage hierfür fehle. Er führt weiter aus, dass die Presseberichterstattung einen zu negativen Eindruck vermittele. Um diesen zu entkräften erläutere er ausführlich, welche Schritte und Abfragen in Nachbarstädten mit ähnlicher Bevölkerungszahl mit welchen Ergebnissen erfolgt seien. Es könne festgestellt werden, dass die Stadt Lüdenscheid sich durch die Höherstufung der A7er-Stellen in A8er-Stellen lediglich in der Liste etwas nach vorne bewegen könne. Die Einstufung der Notfallsanitäter erfolge ebenfalls nicht durchgängig in Besoldungsgruppe A9. Er sichert zu, dass eine Prüfung höherer Besoldungen erfolge bzw. zunächst das KGSt-Gutachten abgewartet werde. Abschließend betont er, dass sich die Quantität der Beschäftigten in den letzten vier Stellenplänen bereits um 39 neue Stellen verbessert habe. Intern seien die Ressourcen zur Erarbeitung dieses speziellen Personalentwicklungskonzeptes nicht vorhanden, so dass der externe Einkauf erforderlich sei.

Auf Nachfrage von Vorsitzendem Holzrichter erläutert Herr Tiemann, dass die Stadt Lüdenscheid nicht allein ein derartiges Gutachten benötige. Da die Anzahl der Gutachterbüros bekanntlich sehr gering sei, gebe es Wartezeiten. Das Gutachten für die Stadt Lüdenscheid

werde in 2018 nicht mehr erstellt werden können. Das Büro habe aber zugesichert, dieses ab Januar 2019 zügig zu erstellen. Das bedeute, dass in ca. 3 – 6 Monaten mit der Fertigstellung gerechnet werden könne. Er rechne eher zur Jahresmitte hin damit. Es müsse beachtet werden, dass eine Umsetzung ohne ein entsprechendes Gutachten wesentlich länger dauern würde. Die Vergabe an das Gutachterbüro solle so schnell wie möglich erfolgen. Mit der Zentralen Vergabestelle sei hierfür bereits entsprechend Kontakt aufgenommen worden. Die verwaltungsinterne Abstimmung sei dann nicht mehr so lang, weil externe Gutachten in der Regel eine größere Bindungswirkung hätten. Dies habe sich auch im Zuge der Gutachtererstellung zur Gefährdungsbeurteilung im Bereich der Feuerwehrgerätehäuser gezeigt.

Vorsitzender Holzrichter merkt an, dass in diesem Zeitraum auch das Gutachten der KGSt fertiggestellt sein müsste.

Auf Nachfrage der Ratsherren Pickard und Thomas-Lienkämper erläutert Herr Dr. Blasweiler, dass nach Beamtenrecht nicht möglich sei, mit den Beschäftigten Vereinbarungen zu treffen, um sie an die Stadt Lüdenscheid zu binden. Die Höherstufung in die Besoldungsgruppe A 8 greife mit Genehmigung des Haushaltes und des Stellenplanes. Tarifbeschäftigte würden hingegen gemäß Tarifvertrag sofort in die Entgeltgruppe EG-N eingestuft.

Bürgermeister Dzewas führt abschließend aus, dass verbindliche Aussagen, die beispielsweise im KGSt-Gutachten formuliert sein werden, umgesetzt würden. Ohne nachvollziehbare Kriterien sei es jedoch weder Verwaltung noch der Politik möglich, belastbare Entscheidungen zu treffen. Nur für Teile der Beschäftigten der Feuerwehr Verbesserungen zu schaffen, vergrößere den allgemeinen Unmut dort. Die hochmotivierten Feuerwehrleute verdienten mehr Kontinuität. Daher sei eine Entscheidung noch vor der Sommerpause 2019 sehr zu begrüßen.

Vorsitzender Holzrichter stellt fest, dass die Verwaltung in der Sitzung am 26. Juni 2019 einen entsprechenden Bericht erstatte.

Ohne weitere Diskussion fassen die Ausschussmitglieder einstimmig folgenden

Geänderter Beschluss:

Dem Abschluss eines Vertrages über eine externe Organisationsberatung zur Optimierung der bestehenden Strukturen der Feuer- und Rettungswache wird zugestimmt.

Nach Vorlage des KGSt-Gutachtens bzw. des externen Gutachtens wird der Bau- und Verkehrsausschuss unverzüglich entsprechend informiert und in die Beratung einbezogen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	18
Nein-Stimmen:	./.
Enthaltungen:	./.

4. Berichtswesen, hier: Mündliche Berichte

4.1. Neue Steuerung der innerstädtischen Signalanlagen

Vorsitzender Holzrichter begrüßt Herrn Hoffmann vom Fachdienst Verkehrsplanung und –lenkung sowie Herrn Grunwald vom Büro Brilon Bondzio Weiser und bittet um Vortrag.

Herr Grunwald stellt anhand einer Präsentation die geplante Erneuerung der Steuerungen und Außenanlagen von insgesamt 28 Lichtsignalanlagen innerhalb des Stadtgebietes vor. Er erläutert, dass künftig der Radverkehr im Regelfall auf der Fahrbahn zu führen sei. Durch die Verbindung des Fußgängerverkehrs mit Fahrzeug- und Radverkehr seien erweiterte Umlaufzeiten erforderlich, um die Sicherheit aller Verkehrsteilnehmer gewährleisten zu können. Bei der Umstellung müsse auch bedacht werden, dass im Innenstadtbereich grundsätzlich eine ausreichende Verkehrsqualität anzustreben sei. Anhand von Simulationen der Verkehrsaufkommen an den Knotenpunkten „Christuskirche“, „Lennestraße/Altenaer Straße“ und „Hochstraße“ veranschaulicht er die Verkehrsströme.

Vorsitzender Holzrichter bedankt sich bei Herrn Grunwald für die Ausführungen.

Die Ausschussmitglieder nehmen Kenntnis.

5. Bekanntgaben, Beantwortung von Anfragen und Anfragen

5.1. Bekanntgaben

5.1.1. Fahrbahnverbreiterung im Bereich "Wibschla"

Herr Hayer teilt mit, dass die Straßenplanung im Bereich „Wibschla“ bereits im Jahr 2017 abgeschlossen worden sei. Um die Straße optimal ausbauen zu können seien seinerzeit im Rahmen der Planung Grundstücksverhandlungen zum Flächenankauf durch die Stadt Lüdenscheid geführt worden. Die Grundstückseigentümer seien seinerzeit jedoch nicht zum Verkauf bereit gewesen. Somit sei die Planung innerhalb der städtischen Flächen erstellt worden.

Auf Initiative einiger Anlieger habe der Fachdienst Wirtschaftsförderung und Liegenschaften (FD 80) aktuell erneut Gespräche mit den Grundstückseigentümern geführt. Diese verliefen positiv, so dass die Möglichkeit bestehe, Grunderwerb seitens der Stadt Lüdenscheid zu tätigen und den Straßenausbau zu optimieren. Dieses betreffe den Begegnungsverkehr von Sattelzügen im Kurvenbereich sowie die Aufstellung in der Zufahrt zum Knotenpunkt Werdohler Landstraße. Die Ausführungsplanung werde entsprechend angepasst und nach jetzigem Stand im Jahr 2020 ausgebaut.

5.1.2. LKW-Durchfahrtsverbot in der Glatzer Straße

Herr Hayer führt aus, dass es Beschwerden über den zunehmenden LKW-Verkehr in der Glatzer Straße in Fahrtrichtung Königsberger Straße gebe. Derzeit sei eine Durchfahrt lediglich für Anliegerverkehr frei. Bei einem Verkehrsaufkommen von ca. 6 – 7 % LKW's des Gesamtverkehrsaufkommens müsse eine Entlastung geschaffen werden. Daher sei vorgesehen, in der Glatzer Straße ein LKW-Durchfahrtsverbot von der Bushaltestelle „Eichholz“ in Fahrtrichtung Königsberger Straße einzurichten.

Die Ausschussmitglieder stimmen der Vorgehensweise der Verwaltung zu.

5.1.3. Verkehrsberuhigter Bereich "Rosenweg"

Herr Hayer führt aus, dass es geplant sei, den Rosenweg als verkehrsberuhigten Bereich auszuweisen. Dies bedeute, dass maximal Schrittgeschwindigkeit gefahren werden dürfe. Alle Verkehrsteilnehmer (Fahrzeuge und Fußgänger) seien auf der Verkehrsfläche gleichberechtigt und das Parken sei nur in markierten Flächen erlaubt. Diese Maßnahme diene der Sicherheit der Fußgänger und zeige den Fahrzeugführern wo sie parken könnten, ohne die Rettungsdienste oder den STL zu behindern. Die vorgesehenen Parkplätze würden zunächst mit gelber Folie markiert. Die Anlieger hätten dann die Möglichkeit, sich die Situation anzusehen und ggf. Anregungen vorzubringen. Diese würden geprüft und anschließend ggf. umgesetzt.

5.1.4. Gehwegumbau entlang der Bräuckenstraße

Herr Hayer führt aus, dass die Gehwegplatten des östlichen Gehweges entlang der Bräuckenstraße zwischen der Berliner Straße und dem Honselers Bruch aus Verkehrssicherungsgründen bereits entfernt worden seien. Um den unmittelbar anstehenden Bäumen ein gesundes Wachstum zu ermöglichen, werde der Weg in wassergebundener Decke wieder hergestellt. Die Ausbaubreite werde im Regelmaß 1,50 m betragen. Durch den Erhalt des Weges solle es dem Radverkehr ermöglicht werden, diese Alternative zur Fahrt über die Bundesstraße zu nutzen.

5.1.5. Zeitplan der Lichtsignalanlagen-Sanierung im Stadtgebiet Lüdenscheids

Herr Rotter führt aus, dass die geplante Lichtsignalanlagen-Sanierung bereits vorgestellt worden sei. Er ergänzt hierzu, dass bautechnisch zunächst mit der „Altenaer Straße“ begonnen werde und darauf die Arbeiten in der „Lennestraße“ fortgeführt würden. Weitere Informationen lägen der Verwaltung bisher nicht vor.

Er sagt zu, bei aktuellen Informationen die Mitglieder des Bau- und Verkehrsausschusses zeitnah zu informieren.

5.2. Beantwortung von Anfragen

5.2.1. Beantwortung der Anfrage der Ratsfrau Hertes zum Thema "Tempo-30-Zone in der Straße Asenberg"

Die Verwaltung beantwortet die Anfrage wie in der **Anlage** beigefügt.

Ratsfrau Hertes bedankt sich für die Antwort.

5.2.2. Beantwortung der schriftlichen Anfrage der Fraktion Bündnis '90/Die Grünen vom 23.10.2018 in Ergänzung der Anfrage vom 16.09.2018 zum Thema "Mitarbeiterparkplätze der Kulturbetriebe"

Vorsitzender Holzrichter bittet Ratsherrn Bodenheimer um Vortrag.

Ratsherr Bodenheimer fasst seine in der **Anlage** befindliche Anfrage kurz zusammen. Er bittet insbesondere um die Beantwortung der ersten drei Fragen.

Herr Rotter teilt mit, dass der Fachdienst Bauservice lediglich für die Parkraumbewirtschaftung zuständig sei. Daher habe er sowohl die Kulturbetriebe als auch die Zentrale GebäudeWirtschaft um Stellungnahme gebeten. Trotz zweimaliger Erinnerung habe er jedoch bisher keine Antworten erhalten. Somit sei eine Beantwortung der Anfrage des Ratsherrn Bodenheimer heute nicht möglich.

Vorsitzender Holzrichter führt aus, dass es sehr ärgerlich sei, heute keine Antworten erhalten zu können. Er schlägt daher vor, die Verwaltung zu beauftragen, eine vollumfängliche Beantwortung der Anfrage in der Sitzung des Rates der Stadt Lüdenscheid am 10. Dezember 2018 vorzunehmen.

Die Ausschussmitglieder stimmen dieser Vorgehensweise einstimmig zu.

5.3. Anfragen

Entfällt

gez. Holzrichter

Vorsitzender

gez. Stoltefaut-Voß

Schriftführerin